

Pressemeldung

Alternativen zum Gefängnis – 90 überwiegend sächsische Strafvollzugsexperten beraten in Meißen, wie ein Justizvollzug auch ohne Gefängnis möglich ist

Der „HAMMER WEG e. V., Verein zur Förderung Strafgefangener und Haftentlassener“ veranstaltete gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen am 26./27. April 2019 in der Evangelischen Akademie Meißen eine Fachtagung zum Thema „Vernetzt Alternativen zum Gefängnis schaffen“.

Zum Abschluss der Tagung empfehlen die Teilnehmer einmütig, allen politisch Verantwortlichen, namentlich dem Landtag und der Staatsregierung, im Freistaat Sachsen auch einen Justizvollzug unter Haftvermeidung und in freien Formen zu realisieren.

Die von Wissenschaftlern und Praktikern aus Sachsen und anderen Bundesländern (aus Dresden, Leipzig, Hamburg, Kiel, Bremen, Köln und Aschaffenburg) beratene Versammlung ehren- und hauptamtlich im sächsischen Justizvollzug tätiger Mitarbeiter erörterte mehrere erfolgreiche Projekte des Justizvollzuges in freien Formen bzw. zur Haftvermeidung in anderen Bundesländern und im Ausland. Statt bei nur wenigen Arbeitsangeboten weggesperrt und von überlasteten Mitarbeitern mehr bewacht als betreut, finden Straffällige in diesen Projekten, bei meist gemeinnütziger Arbeit, Erfolg und Anerkennung, oft genug einen Berufsabschluss und den Übergang in ein reguläres Arbeitsverhältnis. Persönliches Fehlverhalten und Schwächen werden aufgearbeitet. Die Auseinandersetzung mit der Straftat ist ebenso wichtig, wie der Täter-Opfer-Ausgleich, in dem es, soweit möglich, auch um eine Form der Wiedergutmachung geht. Vorteile dieser Projekte liegen auf der Hand. Selbst z. B. bei als hoffnungslos geltenden Jugendlichen, wird eine Rückfallquote von nur 13% erreicht, während sie sonst bei mindestens 40 % liegt.

Dass für einen anderen Umgang mit Straffälligen noch „viel Luft drin“ ist, ergibt sich schon aus einem Vergleich mit anderen Ländern. In Schleswig-Holstein werden – relativ gesehen - viel weniger Menschen zu Freiheitsstrafen verurteilt als in Sachsen. Dort sind es 49 von 100.000 Einwohnern, hier über 90. In Berlin gehen gleich von Anfang an 30 % in den offenen Vollzug, während die JVA Dresden dafür bei 800 Gefängnisplätzen gerade einmal 15 Plätze ausweist. Die Quote ließe sich deutlich erhöhen, da es sich um nicht schwer wiegende Delikte, wie beispielsweise notorisches Schwarzfahren oder um Menschen handelt, die ihre Geldstrafen nicht bezahlen können; 40 % der in Sachsen Inhaftierten sind zu einer Freiheitsstrafe von max. einem Jahr verurteilt, über 70 % zu max. zwei Jahren, sie gehören also nicht zu den als gefährlich geltenden Gefangenen, die die Schlagzeilen der Medien und die öffentliche Meinung bestimmen. Jeder Tag für einen Häftling im geschlossenen Vollzug kostet mindestens 100 € - Geld, das verstärkt in qualifizierte Betreuer statt immer höhere Mauern investiert werden kann. Niedrigere Rückfallquoten tragen dazu bei, den statistisch nachgewiesenen Trend zu rückläufiger Kriminalität zu verstärken.

Umso unverständlicher war es den Tagungsteilnehmer, dass das Land 174 Millionen € in den Neubau eines Gefängnisses in Zwickau investieren will. Damit werden auf Jahrzehnte völlig überlebte Formen des Wegsperrrens zementiert. Das Geld ist besser in offenen und freien Formen des Justizvollzugs zu investieren, in denen besser in zahlreichen dezentralen kleineren Projekten als in großen Gefängnissen gearbeitet wird. Die Beteiligten waren sich allerdings im Klaren, dass ihr Weg einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit bedarf, da vielfach, durch reißerische Presseartikel noch verstärkt, ein verzerrtes und vorurteilsbehaftetes Bild zur Straffälligkeit und zum Umgang mit Straffälligen besteht. Auch hier belegen zahlreiche Fallbeispiele, wie eine offene Aufklärungsarbeit, zu einer hohen Akzeptanz führen kann. Dieses gilt besonders, wenn die Projekte zu einer Förderung der Infrastruktur im ländlichen Raum eingerichtet werden.

Die Empfehlung an die Politik, Alternativen zum Gefängnis zu schaffen, wurde durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unterstrichen, die konkrete Modelle des Justizvollzuges unter Haftvermeidung entwickeln und in Vernetzung mit anderen im Vollzug arbeitenden Menschen und Institutionen für die Umsetzung dieser Modelle im Gespräch mit den Parteien und dem Justizministerium sorgen soll.

F.d.R. im Auftrag der Tagungsteilnehmer, Hermann Jaekel Vorstandsmitglied des HAMMER WEG e.V. – Verein zur Förderung Strafgefangener und Haftentlassener, zustimmend zur Kenntnis genommen von Prof. Ulfrid Kleinert, Tagungsleiter und Vors. des HAMMER WEG e.V.

Nähere Informationen zum HAMMER WEG e. V. finden Sie unter: <https://www.hammerweg.eu/>

Kontaktadresse: hermann-jaekel@hammerweg.eu Tel. 01577 2963824